

Tagesordnung 1 Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 12.08.2004

Vorlage Nr. 04-V-51-0017

Errichtung der Kindertagesstätte Sonnenberg durch private Investoren

Beschluss Nr. 0010

1. Es wird zur Kenntnis genommen:
 - 1.1 Mit Beschluss des Ausschusses für Soziales Nr. 0016 vom 19.11.2003 wurde der Magistrat gebeten, nach privaten Investoren zu suchen, die bereit wären, Bau und Betrieb der KT zu übernehmen. Mit Beschluss Nr. 0011 vom 28.01.2004 wurde zur Erstellung eines Kriterienkataloges für die Suche und Auswahl eine Arbeitsgruppe gebildet.
 - 1.2 In der Sitzung dieser Arbeitsgruppe Ende März wurden folgende Eckpunkte für das weitere Verfahren festgelegt:
 - 1.2.1 Auf eine Ausschreibung soll möglichst verzichtet werden; angefragt wird auf Vorschlag des Vorsitzenden des Sozialausschusses bei Rhein-Main-Schule Dr. Obermayr, Wiesbaden. Der ASB, Ortsverband Wiesbaden, der mit Schreiben vom 03.03.2004 sein generelles Interesse bekundet hatte, wird ebenfalls angefragt.
 - 1.2.2 Das Grundstück soll unentgeltlich per Erbbaurechtsvertrag zur Verfügung gestellt werden, die Grundstücksüberlassung bleibt an den Verwendungszweck (Errichtung und Betrieb einer KT) gebunden.
 - 1.2.3 Das Gebäude soll vom Investor errichtet werden; ein Investitionskostenzuschuss soll nicht gezahlt werden; gleichzeitig entfällt die bei anderen Trägern vertraglich vereinbarte Bindung der Preise an die von der Stadtverordnetenversammlung für städtische Kindertagesstätten beschlossenen Gebühren.
 - 1.2.4 Es wird ein Betriebskostenzuschuss in Aussicht gestellt, der noch zu errechnen ist und der sich an den Zuschüssen für Träger orientiert, die – anders als die beiden großen Kirchen – keinen Eigenbeitrag erbringen müssen.
 - 1.2.5 Den Interessenten soll mitgeteilt werden, dass eventuell weitere Standorte (z. B. Naurod) für eine Kooperation in Frage kommen können.
 - 1.3 Aufgrund von Pressemitteilungen Mitte April 2004 („Europaschule in den Startlöchern für Kita Sonnenberg“) bekundete ein weiterer Wiesbadener Träger, die Interessengemeinschaft für Behinderte sein Interesse, gemeinsam mit einem Bauträger die KT in Sonnenberg errichten und selbst betreiben zu wollen.

- 1.4 Mit Schreiben vom 15.04.2004 bekundete Frau Michaela Schreiber, Ergotherapie, gegenüber dem Liegenschaftsdezernenten und dem Sozialdezernenten ebenfalls ihr Interesse an der Errichtung mit einem Bauträger und dem Betrieb der KT in Sonnenberg.
- 1.5 Mit Beschluss Nr. 120 d vom 20.04.2004 nahm der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung einen „Investitionszuschuss für einen privaten Betreiber“ der KT Sonnenberg in Höhe von 200.000 € in den Haushaltsplan-Entwurf auf; die Diskrepanz zum Eckpunkt unter Ziffer 1.2.3 dieses Beschlusses ist damit klärungsbedürftig.
- 1.6 Suche und Auswahl eines Investors setzen einige Vorentscheidungen voraus, die im Folgenden eingeleitet werden.
2. Es wird beschlossen:
- 2.1 Die Auswahl des Investors und Betreibers erfolgt nach öffentlicher Ausschreibung (Alternative B).
- 2.2 Das für die Errichtung der KT Sonnenberg vorgesehene städtische Grundstück soll im Wege des Erbbaurechts an den ausgewählten privaten Investor vergeben werden.
- Dabei ist der für soziale Einrichtungen übliche Erbbauzins in Höhe von 2 % des Boden(richt)wertes zu berücksichtigen.
- 2.3 Als Grundlage der Ausschreibung wird ein Katalog mit Mindestanforderungen an den Betreiber und Investor formuliert, dabei wird der Gestaltung des Bauvorhabens größtmögliche Freiheit gelassen.
- 2.4 Die in der Vorentwurfsplanung vorgesehene Einbeziehung des „Werkhäuschens“ der Konrad-Duden-Schule (Abriss und Berücksichtigung entsprechender Räumlichkeiten in der KT) wird bestätigt. Sie ist Grundlage für das Auswahlverfahren.
- Frau Stadträtin Thies führt aus, dass auf einen Ersatzneubau des „Werkhäuschens“ der Konrad-Duden-Schule nicht verzichtet werden könne.
- 2.5 Der Magistrat (Dezernat VI/51) wird beauftragt, die weiteren Vorbereitungen auf der Basis der Alternative A (der Eckpunkte unter Ziffer 1.2.3 dieses Beschlusses - kein Investitionskostenzuschuss - und Ziffer 1.2.4 dieses Beschlusses - Betriebskostenzuschuss -) und der Alternative C (sowohl eines Betriebskostenzuschuss als auch eines Investitionskostenzuschuss) fortzuführen.
Die öffentliche Ausschreibung soll Bewerbungen mit und ohne Investitionskostenzuschuss zulassen.

(Ziffer I.1 antragsgemäß)
(Mag 27.07.2004 BP 0673)

- Endgültige Beschlussfassung gemäß § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung -

- Ältestenausschuss und Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung (FA)-

Seite 3 des Beschlusses Nr. 0010 vom 12.08.2004

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .08.2004
Im Auftrag

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Neubert

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .08.2004
Im Auftrag

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Zieren-Hesse